

Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Drucksachen-Nr. 150/2005
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Rates am 17.03.2005

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2005 zur Reduzierung der Energiemenge in städtischen Gebäuden inklusive Schulen

Inhalt:

@->

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2005 ist beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Der Antrag beinhaltet zum einen Ratsbeschluss betreffend ein Energiekonzept, zum Beschluss, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, ob sich für sämtliche Gebäude oder ein Pilotprojekt aus einigen davon ein Energiecontracting eignet.

Nach § 1 GeschO sind Beschlüsse des Rates in den Ausschüssen vorher zu beraten. Es handelt sich hier um einen auf zwei Maßnahmen bzw. deren Vorbereitung gerichtete Anträge. Für beide würden externe Beauftragungen letztlich notwendig. Die städtischen Gebäude sind (mit Ausnahme des Klärwerks und des Bauhofs Ferdinandstraße) dem Fachbereich 8 und dem FB 4 (Schulen) zugeordnet, wobei zu letzteren in Ausführung des Ratsbeschlusses vom 13.03.1997 beabsichtigt ist, auch die Schulen in den Betrieb „Gebäudewirtschaft“ zu überführen. Zuständig wäre dann allein der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften. In diesem wären dann Möglichkeiten, Kosten und deren Deckung zu Energiekonzepten und Contracting-Maßnahmen aufzuzeigen.

In der Sache ist darauf hinzuweisen, das die Verwaltung einem Energiekonzept und einer Beratung durch die vom Antragsteller benannte Energieagentur NRW durchaus positiv gegenübersteht. Konzepte machen indes nur Sinn, wenn die Finanzierung einerseits der Konzepterstellung und andererseits daraus resultierender Maßnahmen sichergestellt ist, was zukünftig dann über den Wirtschaftsplan des Betriebes „Gebäudewirtschaft“ erfolgen müsste.

Teil 2 des Antrags ist nahezu deckungsgleich mit einem Antrag der FDP-Fraktion vom 11.02.2005 zum Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (DS-Nr. 112/2005 – Die Drucksache ist beigefügt.). Auch dort hat die Verwaltung auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften hingewiesen. Weiter anzumerken ist, dass seit dem 01.10.2000 bzw. 01.01.2001 zu 8 städtischen Gebäuden (Rathaus Bensberg, 2 Turnhallen, 5 Schulen) aus Fachbereich 8 bzw. 4 finanzierte Contracting-Maßnahmen laufen (Ende: 31.12.2005 bzw. 30.09.2015).

<-@

Finanzielle Auswirkungen:

1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	